

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Verleger: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Anzeigenpreis: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Anzeigenpreis: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.00 M. pro Quartal.

16. Jahrgang. Mittwoch, den 6. Juni 1921. Nr. 131.

## Das Wichtigste vom Tage.

Welshoffen-Vertrag. Die Verhandlungen über den Vertrag zwischen England und Frankreich sind in der letzten Sitzung der Interalliierten Kommission in Paris zu einem vorläufigen Abschluss gekommen.

Der preussische Ministerpräsident Stöcker hat erklärt, dass die Umgestaltung des Reichswehrministeriums eine politische Maßnahme ist, die von der deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht.

In der gestrigen Sitzung der Union der Arbeitervereine wurde die Aufnahme der deutschen Liga für den Arbeiterbund in die Union, welche die Aufnahme Deutschlands in den Arbeiterbund einstimmig empfahl.

Das Unterhaus genehmigte in zweiter Lesung mit 312 gegen 92 Stimmen den Gesetzentwurf über den Schutz der Hauptindustrien.

Der Exekutivrat der englischen Bergarbeiter beschloss, eine Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes auf den 10. Juni einzuberufen und eine Abstimmung über die Vorschläge der Grubenbesitzer zu empfehlen.

## Neuordnung der Angestelltenversicherung

Seit einiger Zeit hat in der Tages- und Fachpresse eine lebhafte Erörterung darüber eingesetzt, ob eine Erweiterung der Angestelltenversicherung, die von der Reichsregierung geplant ist, wünschenswert erscheint. Es wurden zum Teil hohe Einkommensklassen genannt, bis zu denen die Versicherungspflicht der Angestellten ausgedehnt werden soll, und es entspann sich im Anschluss daran ein Gedankenaustausch über die Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens. Es erscheint notwendig, die Diskussion auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen und festzustellen, dass die Beratungen über diesen Gegenstand soeben zum Abschluss gelangt sind. In diesen Tagen ist von der Regierung eine Novelle zum Versicherungsgesetz für Angestellte an den Reichstag gelangt. Darin sind einige besonders dringliche Fragen der Angestelltenversicherung geregelt worden. Eine grundlegende Umgestaltung der Angestelltenversicherung liegt dagegen nicht vor. Im wesentlichen sind es einige Gesetzesbestimmungen, die im Hinblick auf die fortschreitende Geldentwertung einer Veränderung bedürfen.

So wird es vor allem von den Versicherten begrüßt werden, dass die Leistungen der Angestelltenversicherung gegenüber dem bisherigen Zustande wesentlich erhöht werden sollen, und dass gleichzeitig ein Grundbetrag vorgesehen ist, unter dem die Renten nicht heruntersinken dürfen. Eine gewisse Erhöhung der Beiträge ist allerdings damit verbunden. Diese Erhöhung fällt jedoch in mäßigen Grenzen. Die Beiträge, die je zur Hälfte von Arbeitgeber und Angestellten aufzubringen sind, gehen in der höchsten Gehaltsklasse nicht über 98,40 monatlich hinaus. Die Versicherungspflicht ist nach der Novelle bis zu einem Jahresinkommen von 28 000 Mark ausgedehnt worden. Die Gründe für diese Maßnahme liegen auf der Hand. Es ist bekannt, dass die bisherige Grenze von 16 000 Mark längst nicht mehr den infolge der Geldentwertung gestiegenen Gehältern entspricht, sodass die Angestellten, für die im Jahre 1913 die Angestelltenversicherung geschaffen worden ist, vielfach gar nicht mehr als Pflichtversicherte an ihr teilnehmen konnten. Von großer Bedeutung ist, dass die Novelle ein neues Beitragsverfahren durch Ableben von Renten an Stelle der bisherigen Zahlungsdarlehen vorsieht. Es unterliegt keinem Zweifel, dass dieses Klebsteuern die Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt sehr beträchtlich herabdrücken wird, da künftig die umständliche Kontenführung überflüssig werden wird. Auch für die betragentrichtenden Beteiligten, also Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wird das neue System bequemer sein.

## Die verschärfte Lage in Oberschlesien.

Unklar wird mitgeteilt, dass von den deutschen Verhandlern keine Notiz über die Drohung der Interalliierten Kommission, das ober-schlesische Industriegebiet solle von den interalliierten Truppen geräumt werden, an die alliierten Truppen übergeben werden, dass aber die deutschen Botschafter in Rom, London und Paris angehalten worden sind, mündlich Vorstellungen zu erheben. Der Botschafter Stöcker hat sich in London dieses Auftrages bereits entledigt. Das an den ober-schlesischen General Götter gerichtete Ultimatum der Interalliierten Kommission hat die deutsche Regierung selbstverständlich veranlasst, nochmals ihren Standpunkt in der ober-schlesischen Frage zu präzisieren und die Schuttmächte auf die Verantwortung hinzuweisen, die sie in Oberschlesien zu tragen haben. Man ist im übrigen in deutschen politischen Kreisen der Meinung, dass General Götter mit der Ablehnung des Ultimatums das getan hat, was er tun musste. Man hofft, dass aus den Befragungen, die zurzeit ge-

hen Götter und General Denecker stattfinden, sich ein befriedigendes Ergebnis erreichen lassen wird, wenn man ihnen auch ohne besonderen Optimismus gegenübersteht. Alle Mittelungen aus Oberschlesien lauten einstimmig dahin, dass die deutsche ober-schlesische Bevölkerung und der Selbstschutz sich mit übermenschlichen Kräften zurückgehalten haben und dass nur die Hoffnung, dass die Interalliierte Kommission ihrer Pflicht der Säuberung Oberschlesiens genügen würde, die Bevölkerung bisher veranlasste, die Ruhe zu bewahren. Man glaubt, dass Ruhe und Ordnung in Oberschlesien nur durch eine energische Aktion der englischen Truppen wiederhergestellt werden könnte, und legt den französischen Truppen gegenüber das größte Misstrauen an den Tag, da nach ihrem bisherigen Verhalten eine sogenannte Säuberungsaktion der Franzosen nur eine Stabilisation der Korantymacht bedeuten würde. In deutschen Kreisen Oberschlesiens ist man nach wie vor der Meinung, dass mit Korant, der den Landfrieden gebrochen hat und dessen Anhänger sich als Räuberbanden betätigen, keinesfalls verhandelt werden darf. Was die von dem General Berond befürwortete Schaffung einer neutralen Zone betrifft, so weiß man darauf hin, dass das in Gletow erschienene Polenblatt Standart Polski diesen Vorschlag als von polnischer Seite herkommend bezeichnet und den Deutschen die Verantwortung für den Fortgang des Aufstandes zuschreiben versucht, weil sie diesen Vorschlag abgelehnt hätten. Aus dieser Mitteilung des polnischen Blattes geht also klar hervor, dass die Stellungnahme Beronds auf polnischen Einfluss zurückzuführen ist. (1)

## Der deutsche Selbstschutz ausgeschlossen.

Wittermeldungen zufolge erklärte der englische Kommandant Genniler in Oberschlesien dem Führer des deutschen Selbstschutzes General Götter, er sei verpflichtet, dem deutschen Selbstschutz vorläufig jedes weitere Vorgehen zu untersagen. Ein gleiches werde aber auch von den Insurgenten verlangt. Falls letztere diesem Befehl nicht nachkommen, würden überall dort, wo sie angegriffen, englische Truppen eingesetzt werden. Times melden aus Oppeln, dass General Götter in einer Unterredung mit britischen Offizieren erklärte, er verpöchte sich, nicht vorzurücken. So lange die Polen sich nicht rührten. Der Times-Berichterstatter sagt, das sei gerade die Schwierigkeit, denn niemand, und am wenigsten der Stab der Aufständischen, könnte garantieren, dass sich die Aufständischen nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestreue zum größten Teil aus nicht ober-schlesischen Polen; sie hätten das Vertrauen ihrer Leute und der britischen Befehlshaber verloren, die alle Krieg auf eigene Rechnung machen.

## Der erste englische Bericht.

Die Londoner Daily Mail meldet, dass der erste Bericht über die Lage in Oberschlesien von dem britischen General Sir Harold Stuart in London eingetroffen ist. Der General bezeichnet die Lage als sehr ernst. Er stellt zwar kein Sympathisieren der französischen Truppen mit den polnischen Insurgenten fest, wohl aber eine bemerkenswerte Zurückhaltung in bezug auf deren Raubzüge. So dass die Säuberungsaktion fast allein durch die englischen Truppen vorzunehmen werden muss.

## Die gefährdete Entente.

### Hinausschiebung der Konferenz.

Daily Chronicle schreibt in einem: Die Entente — überlebenden Kritiker: Die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates sei noch nicht festgelegt worden. Dabei hätten sich die Fragen an, mit denen er sich beschäftigen müsse. Oberschlesien bleibe das Hauptproblem. In der Beschleunigung der Behandlung dieser Frage lägen ernste Gefahren. Außerdem seien jedoch noch vorhanden das Problem des nahen Ostens, das der Abstellung der Kriegsschuldigen, aber das nach der Transaktion der Gerechtigkeit in Belgien zum mindesten gesagt werden müsse, dass es ein weiteres Gebot erfordere. Schließlich müßten noch eine oder zwei Reparationsfragen vor dem Obersten Rate erörtert werden. Daily Chronicle erklärt, ein endgültiges interalliiertes Abkommen über eine gleiche Politik in Oberschlesien durch Frankreich und England sei für den europäischen Frieden unerlässlich. Der Grundgedanke der beiden Länder, sich feste Hand zu bewahren, so weit das unter den Friedensverträgen möglich sei, und alle paar Wochen eine Konferenz des Obersten Rates abzuhalten, führe in der Praxis zu Untätigkeiten. Man brauche nur die Reden zu lesen, die während der letzten französischen Kammerdebatte gehalten wurden, um sich zu vergegenwärtigen, daß ein Fortschritt auf dieser Grundlage den Tod der Entente bedeuten würde. (Die Transaktion der Gerechtigkeit ist ein Vorwurf, der lediglich die Entente selbst trifft.)

Der Temps wendet sich gegen den Gedanken eines englisch-französischen Bündnisses und sagt u. a.: Es wäre naiv, anzunehmen, daß England die französische Politik in Europa und besonders Deutschland gegenüber blind mitmachen würde. Es würde vielmehr an den Entscheidungen teilnehmen wollen, mit dem Hinweis darauf, daß es ja auch an den Gesehären beteiligt sei und bei diesen Beratungen würde England keineswegs, wie man nach annehmen, immer für Schonung Deutschlands eintreten. In Wirklichkeit sei England am Gebelien Deutschlands, seines Konkurrenten, viel weniger interessiert, als der Gläubiger

Frankreich. Die französische Politik laufe also Gefahr, in doppelter Hinsicht durch die englischen Einmischungen paralysiert zu werden, nämlich wenn sie einen Zwang ausübe und wenn sie Deutschland schonen wolle. Wirkliche Reibungen zwischen Frankreich und England würden dadurch unvermeidlich.

## Englische Klänge an die französische Politik.

Der Londoner Berichterstatter des Manchester Guardian schreibt, es würde unendlich sein, ein Bündnis auf der Grundlage einer französischen Politik abzuschließen, die auf die Erdrückung Deutschlands gerichtet sei. Die französische Regierung habe, was von den amtlichen britischen Kreisen außerordentlich bebauert werde, sich bisher geweigert, diese Frage in einer Konferenz zu erörtern. — Der diplomatische Mitarbeiter der Daily News sagt, in England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht. Die französische und britische Politik seien heute grundlegend von einander verschieden. Es sei zwecklos, zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel hätten, wenn es doch nicht der Fall sei.

## Der erkrankte Lloyd George.

Lloyd George, der sich sehr erkrankt fühlt, wird wahrscheinlich die ganze Woche auf dem Lande bleiben und sich dann nach Wales begeben, um der Gesundheit seines Sohnes beizuwohnen. Es ist daher wahrscheinlich, daß er nicht vor dem 17. Juni nach London zurückkehren werde. Von einer Einberufung der interalliierten Konferenz von Boulogne vor diesem Tage könne daher nicht gesprochen werden.

## Französischer Protest gegen das englisch-russische Abkommen.

Daily Telegraph berichtet, daß am 26. v. M. das französische Ministerium des Auswärtigen des britischen Botschaft in Paris eine von Briand unterzeichnete Note über die Handelsbeziehungen mit Rußland überreichte habe. Die Note enthält einen energischen Protest gegen die in Artikel 9 des britischen Handelsabkommens mit Rußland niedergelegten Grundzüge und gegen die durch die Entscheidung des britischen Appellationsgerichts geschaffene Lage. Briand legt dar, daß der Artikel 9 des Abkommens dahin ausgelegt werden könne, daß die bolschewistische Regierung gestatte, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, die nicht als Eigentum der britischen Regierung anerkannt werden könnten. Briand erklärte, dadurch würden die Franzosen ihres Eigentums, das von den Bolschewisten für beschlagnahmt erklärt wurde, verlustig gehen. Die französische Regierung beargwöhne vollkommen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Sie könne jedoch nur erfolgen, wenn die früheren Schulden anerkannt und die räuberische Gesetzgebung für nichtig erklärt werde. Daher halte es die französische Regierung in voller Übereinstimmung mit der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes für notwendig, die britische Regierung zu benachrichtigen, daß Frankreich sich weigere, die im Artikel 9 ausgedrückten Ansichten anzunehmen, und daß sie sich die Rechte der französischen Bürger in aller Form vorbehalten werde.

## Die Wahrheit bricht sich Bahn.

### Die Deutsche Wg. Bg. veröffentlicht nachstehenden Brief des berühmten englischen Schriftstellers Jerome K. Jerome, der in mancher Hinsicht beachtenswert ist:

Während des letzten zwei oder drei Jahre habe ich viel geschrieben und gesprochen. Es ist mir klar, daß der bessere Teil Englands — das nächste und nachdenkliche England — so denkt wie Sie und ich es tun. Und ich habe auch Franzosen und Französinen getroffen, die auf dasselbe Ziel hinarbeiten. Unglücklicherweise ist die Mehrheit hier wie anderswo noch blind durch Doh, und ihre Erziehung geht nur langsam vorwärts. Die von uns, die um die Verantwortung der Verantwortung bemüht sind, stehen auf folgende große Schwierigkeit: Der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes ist von unserer Presse und unseren Politikern gesagt worden, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trägt, daß Deutschland allein sich auf den Krieg vorbereitet hatte, daß es allein an so etwas wie einen Krieg gedacht hat. Wir erklären ihnen, daß die Schuld zu gleichen Teilen verteilt werden muß, daß der Wille zum Krieg England, Frankreich und Rußland genau so vorwärts trieb wie Deutschland. Wir weisen sie auf die Tatsachen hin, die bekannt geworden sind, auf die geheimen Konferenzen, die man entbehrt hat, auf die Beschlüsse, die gemacht worden sind. Unglücklicherweise wird immer wieder das Jugendschicksal einigermassen einander Deutscher entgegengesetzt, daß die Schuld allein auf Deutschland falle. Jedenfalls kommt von Deutschland keine begründete und sachkundige Verteidigung gegen diese Anklage. Ich selbst halte es für eine ungeheure Unterfägung, wenn die deutsche Regierung mit einer Entgegnung auf diese Anklage hervortreten würde. Gegenwärtig liegt sich der Gedanke fest, daß Deutschland sie nicht einmal abläugnet. Deutschland zeigt darüber weder Enttäuschung noch Unwillen. Die Zeit ist gekommen, wo der deutsche Standpunkt von jenen immer wachsenden Scharen von Engländern